

Das lange Rennen in das Weiße Haus: Vorwahlen, Wahlkampf und Präsidentschaftswahlen in den USA

Höreth, Marcus; Sonnicksen, Jared

Veröffentlichungsversion / Published Version
Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Höreth, M., & Sonnicksen, J. (2016). Das lange Rennen in das Weiße Haus: Vorwahlen, Wahlkampf und Präsidentschaftswahlen in den USA. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 65(3), 321-331. <https://doi.org/10.3224/gwp.v65i3.06>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Das lange Rennen in das Weiße Haus: Vorwahlen, Wahlkampf und Präsidentenwahlen in den USA

Marcus Höreth und Jared Sonnicksen

Zusammenfassung

In diesem Jahre findet, wie alle vier Jahre, die Präsidentenwahl in den USA statt, welche diesmal über den Nachfolger von Präsidenten Barack Obama entscheiden wird. Obwohl die Wahl erst am 8. November 2016 ansteht, hat der Wahlkampf nicht nur längst begonnen, sondern es gingen ihm bereits eine Reihe von Wahlentscheidungen voraus. Die Bewerber Donald Trump und Hillary Clinton stehen mittlerweile als Kandidaten der Republikaner bzw. der Demokraten fest, doch haben sie mit den Vorwahlen bereits einen höchst anstrengenden Wahlkampf hinter sich. Diesen müssen Präsidentenwahlkandidaten erfolgreich durchstehen, bevor sie von ihrer Partei nominiert werden. Im diesem Beitrag rekapitulieren wir zunächst die allgemeinen institutionellen Rahmenbedingungen um die Wahlen zum Präsidenten, und erläutern dabei, wie die Vorwahlen („primaries“) organisiert werden. Ebenfalls eingegangen wird auf den Wahlkampf und insbesondere die Institution des ‚Wahlkollegiums‘ (Electoral College), welches die Wahl des US-Staatspräsidenten bestimmt. Anschließend wenden wir uns dem aktuellen Stand des Rennens um die Nachfolge Obamas zu. Dabei soll auch kurz auf die parteipolitische Polarisierung in den USA eingegangen werden.

Einleitung

Alle vier Jahre lässt sich in den USA ein über mehrere Monate andauerndes politisches Schauspiel beobachten, das in der ganzen Welt zugleich Verwunderung wie Bewunderung auslöst: der Wettstreit um das Amt des Präsidenten. Die nächsten Präsidentenwahlen werden zwar erst am 08.11.2016 stattfinden, doch werfen sie seit



Professor Dr. Marcus Höreth

Professor für Vergleichende Regierungslehre/Innenpolitik
an der TU Kaiserslautern.



Dr. Jared Sonnicksen

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für
Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt

langem ihre Schatten voraus. Inzwischen hat der eigentliche Wahlkampf um die Präsidentschaft begonnen, doch die Bewerber Donald Trump und Hillary Clinton haben bereits einen höchst anstrengenden Vorwahlkampf *hinter* sich, weil sie sich zuvor in Vorwahlen ihrer Parteien durchsetzen mussten, bevor sie nominiert wurden. Im Folgenden rekapitulieren wir zunächst die allgemeinen institutionellen Rahmenbedingungen um die Wahlen zum Präsidenten. Wie sind die so genannten „primaries“ organisiert, mittels derer die Parteien ihre Präsidentschaftskandidaten bestimmen? Wie sieht der Wahlkampf aus und wie wird schließlich durch das Electoral College das Staatsoberhaupt gewählt? Welche Überlegungen stehen hinter diesem komplexen und langwierigen Vorgang der Präsidentschaftskür und welche Kritik an ihr wird vorgebracht? Anschließend wenden wir uns dem aktuellen Stand des Rennens um die Nachfolge Obamas zu. Dabei soll auch kurz auf die parteipolitische Polarisierung in den USA eingegangen werden, welche sich – nach nahezu einhelliger Einschätzung in der Politikwissenschaft – nicht nur in den letzten Jahren stark intensiviert hat, sondern auch im Zuge der diesjährigen Vorwahlen besonders auffällig gewesen ist.

1. Institutionelle Rahmenbedingen der Präsidentschaftswahl

Im Laufe der Jahrhunderte haben sich die institutionellen und medialen Rahmenbedingungen um die Wahlen zum US-Präsidenten häufig geändert¹. Sie zu verstehen ist keineswegs einfach. Mehrere politische Akteure und Institutionen bestimmen die Regeln zu den Vorwahlen der jeweiligen Präsidentschaftskandidaten und zu den Präsidentschaftswahlen. Zuerst sind die konstitutionellen Bedingungen zu nennen. Als formale Voraussetzungen bestimmt die Verfassung nach Artikel II, dass nur gebürtige US-Bürger, die mindestens 35 Jahre alt sind und 14 Jahre in den USA gelebt haben, zum Präsidenten gewählt werden können. Neben der Verfassung lassen sich das dezentral organisierte Parteiensystem und der föderale Charakter der USA als besonders prägende Einflussfaktoren für die Organisation der Kandidatenauswahl und die Präsidentschaftswahl begreifen. Um bei der eigentlichen Präsidentschaftswahl überhaupt antreten zu können, müssen die Kandidaten bei den etwa 10 Monate vor der Präsidentschaftswahl beginnenden Vorwahlen in den 50 Bundesstaaten (aber auch Washington D.C. sowie einer Reihe von US-amerikanischen Territorien) erfolgreich sein, damit sie anschließend von ihren Parteien als offizielle Kandidaten nominiert werden. Die Parlamente (*State Legislatures*) der einzelnen Bundesstaaten legen den genauen Zeitpunkt für die in ihren Ländern stattfindenden Vorwahlen fest. Allerdings trägt zur Komplexität der Kandidatenselektion bei, dass dies in Abstimmung mit den *state parties* sowie unter Berücksichtigung von Vorgaben der *national parties* erfolgt. Hinzu kommen die mittlerweile tradierten ‚Ausnahmen‘ von Iowa und New Hampshire, welche gemäß Parteiregeln vor allen anderen Einzelstaaten ihre *party caucus* bzw. *primary election* abhalten dürfen. Diese haben eine Filterfunktion, weil nur den dort erfolgreichen Kandidaten der beiden Parteien realistische Chancen auf eine spätere Nominierung als Präsidentschaftskandidat eingeräumt werden. Entsprechend kommt es häufig vor, dass es bereits nach den Vorwahlen in Iowa und New Hampshire zu den ersten Rückzügen einzelner Kandidaten kommt. Die politischen Parteien bestimmen nach Maßgabe des Rechts in den einzelnen Bundesstaaten das genaue Verfahren zur Auswahl ihres Präsidentschaftskandidaten, der nach Ablauf der Vorwahlen auf nationalen Parteitag (*National Conventions*) bestätigt wird.

Die über die Bundesstaaten in Vorwahlen ermittelte Unterstützung für die jeweiligen Kandidaten kann unterschiedlich in die Endabrechnung einfließen, je nachdem ob in den Bundesstaaten die Delegiertenstimmen proportional oder pauschal (*winner takes it all*) an die Kandidaten vergeben werden und ob das Vorwahlergebnis als unverbindlich gilt oder bindend ist (was meistens der Fall ist) für die Abstimmung der Delegierten auf dem Parteitag. Nach den Parteitagen und den davon ausgehenden Kandidatenküren beginnt der ‚eigentliche‘ Präsidentenwahlkampf bis zur immer im November stattfindenden Präsidentenwahl. Auch hier weist das Wahlsystem der USA eine Besonderheit auf, indem die Volkswahl (*popular election*) ‚nur‘ faktisch über den Gewinner der Wahl entscheidet, die Wahl aber letztlich durch das ‚Elektorenkollegium‘ bestimmt wird.

1.1. Die Wahl vor der Wahl: Kandidatenselektion mittels Vorwahlen

Neben den Grundfunktionen der Erstellung eines politischen Programms, Mobilisierung, Repräsentation sowie der Bündelung und Artikulierung von Interessen gehört die Rekrutierung von politischem Personal zur Kernaufgabe politischer Parteien. Die Selektion und Aufstellung von Kandidaten lässt sich sogar als Alleinstellungsmerkmal einer politischen Partei begreifen, denn diese Funktion ist es, die eine Partei letztlich von anderen gesellschaftlichen Organisationen unterscheidet. Vor diesem Hintergrund erscheinen Vorwahlen umso mehr als Besonderheit des US-amerikanischen politischen Systems, da die Kandidatenselektion hier nicht nur den Parteien obliegt, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern. Nachdem Parteien in den USA diese Kernfunktion lange selbst ausübten, wurden im frühen 20. Jahrhundert *primaries* eingeführt und schrittweise ausgebaut, sodass mittlerweile nicht nur der Präsidentschaftskandidat, sondern auch Kandidaten für Ämter in mehreren Institutionen sowie auf mehreren Ebenen des Systems über Vorwahlen selektiert werden.²

Die Präsidentschaftskandidaten der Parteien müssen somit vorerst die Vorwahlen durchlaufen, bevor sie zum Kandidaten ihrer Partei für die Präsidentschaftswahl gekürt werden. Eigens hierfür ist ein Parteitag vorgesehen, die „National Convention“, eine Bundesversammlung aller Parteidelegierten, die im Sommer nach den Vorwahlen von beiden Parteien abgehalten wird.³ Diese Delegierten wurden zuvor in den Vorwahlen in den einzelnen Bundesstaaten als Anhänger des jeweiligen Gewinners bestimmt. Grundsätzlich lassen sich die Vorwahlen in den verschiedenen Bundesstaaten in folgende Formen zusammenfassen:

- *closed primaries*: Bei den Vorwahlen sind nur Parteimitglieder wahlberechtigt, wobei ‚Mitglieder‘ keineswegs im engeren Sinne zu verstehen ist; es handelt sich vielmehr um Wähler, die bei der Registrierung für die Vorwahl angeben müssen, bei welcher Partei sie an der Vorwahl teilnehmen möchten. Sie bekommen im Wahllokal dann entsprechend nur den Wahlzettel der vom Wähler vorher angegebenen Partei und können Kandidaten aus dieser Liste wählen.
- *Open primaries*: Hier dürfen alle zur Vorwahl registrierten Wähler teilnehmen, und können ‚spontan‘ im Wahllokal entscheiden, von welcher Partei sie den Wahlzettel haben möchten, d.h. aus welcher Kandidatenliste sie auswählen möchten.
- *Blanket primaries*: Hier dürfen alle Wähler bei Wahlen beider Parteien teilnehmen, allerdings nicht gleichzeitig.

Amtierende Präsidenten werden in der Regel wieder von ihrer Partei nominiert für eine zweite Amtszeit, da gewöhnlich kein Konkurrent aus der eigenen Partei gegen einen amtierenden Präsidenten antritt.⁴ Anders ist dies beim Herausforderer bzw. wenn der amtierende Präsident, etwa weil er seine zweite Amtszeit bereits durchlaufen hat, nicht wieder antritt. Dann stellen sich mehrere Kandidaten der jeweiligen Parteien zur Auswahl. Obwohl es mehrere Parteien in den USA gibt, sind wegen des Mehrheitswahlrechts üblicherweise nur die beiden großen Parteien, die Demokratische und die Republikanische Partei, von Relevanz. Deren gegeneinander antretenden Kandidaten müssen in möglichst vielen in den Bundesstaaten stattfindenden Vorwahlen reüssieren, um eine Nominierungschance durch ihren Parteitag zu erhalten. Zum offiziellen Präsidentschaftskandidaten einer Partei wird am Ende nur nominiert, wer bei der Delegiertenversammlung die absolute Mehrheit der Stimmen aller Anwesenden auf sich vereinigt. Allerdings spielt auch der Vorsprung des siegreichen Kandidaten gegenüber den Konkurrenten bei den jeweiligen Vorwahlen eine wichtige Rolle. Der ‚Sieg‘ in einem Bundesstaat kann unterschiedliche Implikationen haben, denn bei den Demokraten werden Delegiertenstimmen in der Regel proportional verteilt, während es bei den Republikanern sowohl Vorwahlen mit proportionaler Verteilung als auch mit Pauschalverteilung (*winner takes all*) gibt. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass schon in den Vorwahlen mit großem Aufwand Wahlkampf gemacht wird. Nach Beendigung der Vorwahlen werden, sofern ein Kandidat mit der absoluten Mehrheit aller zu vergebenden Delegiertenstimmen aus den Vorwahlen hervorgeht, auf großen Parteitagen die entsprechenden Kandidaten für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten (auf Vorschlag des Präsidentschaftskandidaten) formal bestätigt. Hat sich bei den vorangegangenen Vorwahlen keiner der Kandidaten mit absoluter Mehrheit durchgesetzt, kann es theoretisch zu einer Abstimmung mit offenem Ausgang kommen. Dies steht zwar immer wieder als mögliches Szenario zur Debatte (wie während der diesjährigen Vorwahlen), ist aber seit einigen Jahrzehnten, seit der Verankerung der Vorwahlen als ‚tatsächliches‘ Entscheidungsverfahren für einen Präsidentschaftskandidaten, bei keiner der zwei großen Parteien mehr geschehen.

1.2. Wahlkampf um die Präsidentschaft

Das spezielle Wahlverfahren zum US-Präsidenten führt zu einigen interessanten Erscheinungen bereits im Wahlkampf. Ins Auge fallen zunächst vor allem die hohen Kosten: „Bisher schien jede Wahl die vorherige dahingehend zu übertreffen, dass noch mehr Geld ausgegeben und noch raffiniertere und professionellere Wahlstrategien entwickelt wurden.“⁵ Auffällig ist zweitens, dass aufgrund des Mehrheitswahlrechts dritte Parteien kaum eine Chance haben, einen aussichtsreichen Kandidaten in das Rennen um das Weiße Haus zu schicken⁶ – es aber zumindest schaffen können, ansonsten sehr aussichtsreiche Kandidaten um die Präsidentschaft zu bringen⁷. Da sich Präsidentschaftskandidaten, die die einfache Mehrheit aller abgegebenen Stimmen in einem Staat gewinnen, *alle* Stimmen der Wahlmänner in diesem Staat sichern, richten sie – drittens – ihren Wahlkampf entsprechend aus. Dort, wo sie die Mehrheit sicher haben, in den „safe states“, einschließlich besonders bevölkerungsreicher Bundesstaaten wie Kalifornien (für die Demokraten in Präsidentschaftswahlen) oder Texas (für die Republikaner), lassen sie sich während des Wahlkampfes kaum blicken. Die Kandidaten der beiden großen Parteien konzentrieren ihren Wahlkampfeinsatz in der Regel lieber auf die so genannten „swing“ oder „battleground states“. Das sind Staaten

ohne für die eine oder andere Partei verlässliche Mehrheitsverhältnisse, die zu gewinnen für die jeweiligen Kandidaten wahlentscheidend sein kann. Die Wahlarithmetik der reinen Mehrheitswahl zwingt die Präsidentschaftskandidaten geradezu dazu, überproportional viele Ressourcen (insb. Zeit und Geld) in jenen Staaten zu investieren, die wegen ihrer Bevölkerungszahl viele Wahlmännerstimmen besitzen und in denen knappe Entscheidungen zu erwarten sind. Seit längerem sind z.B. die Staaten Florida und Ohio zwischen beiden großen Parteien hart umkämpft – bei den letzten drei Präsidentschaftswahlen erhielten George W. Bush und Obama jeweils nur hauchdünne Mehrheiten. Daher muss davon ausgegangen werden, dass die Anliegen der Wähler in diesen Bundesstaaten von den Präsidentschaftskandidaten besonders bevorzugt werden.⁸ So hat beispielsweise Obama in seinem Wahlkampf 2008 Ohio 44 Mal besucht, John McCain 46 Mal.

1.3. Die Präsidentschaftswahlen

Die nächsten Präsidentschaftswahlen werden am 08.11.2016 stattfinden, wie immer am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November alle vier Jahre. Formal werden an diesem Tag die Elektoren des Electoral College⁹ bestimmt, die 41 Tage später, am 18.12.2016, ihre Stimmen für die Ämter des Präsidenten und des Vizepräsidenten in den jeweiligen Landesparlamenten (State Legislatures) abgeben werden. Dieses Wahlmännergremium, von dem Alexander Hamilton hoffte, dass es gewährleisten würde, „dass das Amt des Präsidenten niemals jemandem zufallen wird, der nicht im höchsten Maße die hierfür erforderlichen Qualifikationen besitzt“, besteht aus 538 Wahlmännern (engl. electors), die von den 50 Bundesstaaten sowie dem Bundesdistrikt entsandt werden. Die Elektoren jedes Staates werden, von zwei Ausnahmen abgesehen (Maine und Nebraska), durch den Kandidaten bestimmt, der mindestens die relative Mehrheit der Stimmen in den jeweiligen Staaten erlangt hat. Jeder Bundesstaat hat so viele Elektorenstimmen, wie er Vertreter in beiden Häusern des Kongresses hat. Der Bundesdistrikt, der die Hauptstadt Washington umfasst, hat so viele Elektoren, wie er Vertreter in beiden Häusern des Kongresses haben würde, wenn er ein Staat wäre, aber auf jeden Fall nicht mehr als der von der Bevölkerungszahl her kleinste Staat. Die derzeitige Zahl von 538 Wahlmännern ergibt sich somit wie folgt: Das Repräsentantenhaus hat seit 1911 eine festgelegte Größe von 435 Abgeordneten. Die Verteilung der Abgeordneten auf die Staaten ergibt sich aus den jeweiligen Bevölkerungszahlen, wie sie alle 10 Jahre in der Volkszählung (*United States Census*) erhoben werden. Zuletzt fanden diese statt vor der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten 2012. Jedem Staat steht mindestens ein Abgeordneter zu. Darüber hinaus hat jeder Staat unabhängig von der Bevölkerungszahl zwei Senatoren im Senat, also derzeit 100. Schließlich darf der Bundesdistrikt maximal so viele Wahlmänner entsenden, wie der bevölkerungsärmste Staat. Sieben Staaten haben derzeit nur einen Repräsentanten, sodass die Zahl der Elektoren für den Bundesdistrikt auf drei begrenzt ist (entsprechend zwei Senatoren und einem Repräsentanten).

Auch wenn in vielen Staaten auf den Wahlzetteln die jeweiligen Kandidaten um das Präsidentschaftsamt verzeichnet sind, wählen die Wahlberechtigten in ihren Bundesstaaten nur die Elektoren unmittelbar, die wiederum später den Präsidenten und Vizepräsidenten wählen. In den meisten Bundesstaaten gilt das Mehrheitswahlrecht – deshalb erhält der Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereint, alle dem Bundesstaat zugeteilten Wahlmänner, während die anderen Kandidaten leer ausgehen

(„The winner takes it all“). Da die Wahlmänner in ihren jeweiligen Landeshauptstädten zur formalen Abgabe ihre Stimmen zusammen treffen, tritt das Electoral College nie als ein gemeinsames Gremium an einem Ort zusammen. Die Ergebnisse dieser 51 Abstimmungen werden anschließend an den US Senat übermittelt, wo sie abschließend ausgezählt werden.

Rein rechtlich sind in 24 Bundesstaaten die Elektoren übrigens bis heute nicht überall an das Wählervotum gebunden – ursprünglich sollten diese sogar in freier Gewissensentscheidung das Staatsoberhaupt küren. Davon kann heute freilich keine Rede mehr sein, da die Präsidentenwahl schon im 19. Jahrhundert zu einer Volkswahl wurde, deren Ergebnis vom Electoral College ‚faktisch‘ nur bestätigt wurde.¹⁰ Da in jedem Bundesstaat nur die Unterstützer des bei der Wahl erfolgreichen Präsidentschaftsbewerbers entsandt werden, wird dem Wählervotum durch dieses Verfahren zumeist volle Beachtung geschenkt. Zwar gab es in der Vergangenheit bereits einige „untreue Wahlmänner“ (faithless electors), diese waren jedoch nie wahlentscheidend. Nichtsdestotrotz verpflichten einige Staaten inzwischen ihre Wahlmänner per Gesetz, für das Kandidatenpaar zu stimmen, das in dem jeweiligen Staat die meisten Stimmen gewonnen hat. Insgesamt wird im US-System das plebiszitäre Element (die Wahl des Präsidenten durch das Volk) mit dem föderalen Prinzip verbunden, nach dem letztlich die Bundesstaaten als Ganze im Rahmen des Electoral College den Präsidenten wählen.¹¹

1.4. Kritik

Das Wahlverfahren ist häufig auf Kritik gestoßen. Schon bei den Vorwahlen, also bei der Bestellung von Delegierten und Kandidaten, „scheiden sich in Amerika und anderswo die Geister“.¹² Zwar werden inzwischen in allen Bundesstaaten Vorwahlen durchgeführt, doch nicht in allen Staaten werden die Delegierten mit der gleichen Verbindlichkeit gewählt, so dass sie auf dem Nationalkonvent formal nicht auf den siegenden Präsidentschaftsbewerber in ihrem Bundesstaat festgelegt sind. Schwerer wiegt noch, dass der große finanzielle Aufwand, den schon eine erfolgsversprechende Teilnahme an Vorwahlen erfordert, von vornherein manche befähigte Bewerber ausschließt – zugunsten von Bewerbern, die unabhängig von ihrer Eignung für das Amt diese großen Summen ohne Weiteres aufbringen können.

Der wichtigste Kritikpunkt stößt sich jedoch an den Präsidentschaftswahlen selbst. Es bleibt immer möglich, dass ein Präsidentschaftskandidat, der bundesweit die meisten Stimmen auf sich vereint, die Wahl verlieren kann, weil sein Konkurrent mehr Elektorenstimmen erhält. Dies ist keineswegs nur ein theoretisches Problem: Bereits 1824 erzielte Andrew Jackson 1,4% Stimmen mehr als der später zum Präsidenten gewählte John Quincy Adams. Da damals kein Kandidat eine absolute Mehrheit bei den Wahlmännern bekam, wurde er verfassungsgemäß vom Repräsentantenhaus gewählt. 1876 erlangte Samuel J. Tilden landesweit die Stimmenmehrheit, doch wurde schließlich Rutherford B. Hayes zum Präsidenten gewählt. 12 Jahre später wurde Präsident Grover Cleveland eigentlich mit 0,8% Stimmenmehrheit im Amt bestätigt, lag aber in der Abstimmung durch das Electoral College 65 Wahlmänner hinter Benjamin Harrison zurück. Nach diesen umstrittenen Wahlen im späten 19. Jahrhundert wurde indessen über ein Jahrhundert lang immer der Wahlsieger bei der ‚Volkswahl‘ auch Gewinner im Electoral College. Doch die Möglichkeit, dass dieser Wahlmodus den ‚falschen Gewinner‘ hervorbringen könnte, blieb nicht nur theoretisch.¹³ Und tatsächlich – bei der Präsidentschaftswahl von 2000 erhielt Al Gore zwar 543.895 Stimmen (0,5%)

mehr als George W. Bush, doch Bush gewann fünf Elektorenstimmen mehr als sein Konkurrent. Trotz aller Diskussionen¹⁴ konnte sich jedoch ein alternatives Wahlsystem für die Vergabe der Elektorenstimmen oder gar die Abschaffung dieser Institution nie durchsetzen. Das Problem liegt u.a. darin, dass das „Winner takes all“-Prinzip des reinen Mehrheitswahlrechts die Bedeutung des einzelnen Staates für die Kandidaten erhöht – dass dies so bleibt, liegt weiterhin im Interesse der Bundesstaaten, die laut Verfassung über den Wahlmodus selbst entscheiden. Daher erscheint es unwahrscheinlich, dass einzelne Staaten dieses System abschaffen, solange sie davon ausgehen müssen, dass andere Bundesstaaten es beibehalten. Eine Lösung könnte wohl nur auf Verfassungsebene gefunden werden, indem das Recht der Einzelstaaten, über den Wahlmodus zu entscheiden, abgeschafft wird. Oder aber man müsste die in Artikel II, Section 1 der Verfassung festgelegte Wahl des Präsidenten durch ein Wahlgremium revidieren. Beides erscheint unrealistisch.

Zwar mag die Rationalität der Präsidentschaftswahlen und hierbei insbesondere das Electoral College als „antidemocratic relic“¹⁵ angezweifelt werden, doch lassen sich hierfür auch einige Pro-Argumente finden. Aus der Perspektive der „checks and balances“ garantiert das System, dass die Präsidentschaftswahl sowohl von den Staaten als auch vom Bund getragen wird. So wie die Wahlen abgehalten werden, stehen hinter dem Präsidenten nicht nur landesweite Mehrheiten auf Basis des Prinzips der Stimmengleichheit („one man – one vote“), sondern eben auch die Einzelstaaten, wenn auch nicht unbedingt immer eine Mehrheit unter ihnen. Jedenfalls wird die von den US-Amerikanern gefürchtete Gefahr einer Tyrannei über die kleineren Staaten minimiert, weil das dezentralisierte Wahlsystem für jeden Kandidaten einen wirksamen Anreiz setzt, sich nicht nur um eine nationale Stimmenmehrheit zu bemühen, sondern eben auch möglichst viele Staaten für sich zu gewinnen.

2. Die vorangegangenen Vorwahlen im Zeichen parteipolitischer Polarisierung

Die Vorwahlen zu den Präsidentschaftswahlen 2016 haben am 01.02.2016 in Iowa begonnen und wurden am 14.06. mit den Vorwahlen u.a. in North Dakota, Colorado, und Idaho abgeschlossen.¹⁶ Dabei hat sich erneut bestätigt, dass in den USA Spannungen (zwischen Institutionen und Ebenen des politischen Systems) und erst recht zwischen den Parteien weiter zunehmen. Neben der Tendenz eines zunehmend „fragmentierten Föderalismus“¹⁷, intensiviert sich nach einhelliger Ansicht der Politikwissenschaft auch die parteiliche Polarisierung. Schon die Vorwahlen deuteten darauf hin, dass bis November ein besonders hartes Rennen um die US-Präsidentschaft zu erwarten ist.

2.1. Die Vorwahlen der Demokraten

Von vornherein war das Bewerberfeld der Demokraten mit fünf Kandidaten relativ klein. Bereits nach den ersten Vorwahlen beendeten Jim Webb (u.a. ehemaliger Senator von Virginia), Lincoln Chaffee (u.a. ehemaliger Gouverneur von Rhode Island und ehemals moderater Republikaner, der 2008 zu den Demokraten wechselte) sowie Martin O'Malley (ehemaliger Gouverneur von Maryland) ihre Kampagnen. Somit haben sich bei den Demokraten zwei Kandidaten schon frühzeitig als aussichtsreiche Kandidaten herauskristallisiert: zum einen Hillary Clinton, die frühere Außenministerin

(2009-2013) und Senatorin von New York (2001-2009), zum anderen Bernie Sanders, der langjährige Senator von Vermont. Dennoch sind Spannungen im Zuge der Vorwahlen der Demokraten keineswegs ausgeblieben. Zwar wurde die von Anfang an als aussichtsreichste Kandidatin gehandelte Hillary Clinton tatsächlich am 29. Juli zur Präsidentschaftskandidatin der Demokraten gewählt, doch ihr Konkurrent Sanders sorgte zwischenzeitlich für große Sorgen im Clinton-Lager.

Sanders erfreute sich als bekennender „demokratischer Sozialist“ großer Beliebtheit – in mehreren Vorwahlen war er gar mehrheitsfähig. Schon seine politische Verortung im demokratischen Sozialismus hätte eigentlich einen geringen Wahlerfolg erwarten lassen, zumal er bis zu den diesjährigen Vorwahlen noch nicht einmal als ‚Democrat‘, sondern als ‚Independent‘ auftrat. Von der bisherigen Tradition US-amerikanischer Wahlkämpfe wich auch die Finanzierung seiner Kampagne ab, die ohne ‚Großspenden‘ auskommen musste und überwiegend auf kleine Spendenbeträge seiner zahlreichen Unterstützer basierte. Umso überraschender erscheinen vor diesem Hintergrund seine beachtlichen Vorwahlerfolge. Clinton wird im anstehenden Präsidentschaftswahlkampf dem Umstand Rechnung tragen müssen, dass es eine eindeutig stärkere Präferenz unter jüngeren Wählern für Sanders gab, während Clinton bei vielen, für Demokraten in der Regel besonders wichtigen Wählergruppen deutlich besser (Frauen sowie Afroamerikaner und Latinos) abschnitt. Spannend wird sein, wie sich Clinton im Präsidentschaftswahlkampf positioniert, nachdem sie zuvor bei den Vorwahlen von Sanders gezwungen wurde, sich nach „links“ zu bewegen. Dies zeigte sich auch im Parteikonvent, bei dem Clinton – nach anfänglichem Protest des ‚Sanders‘-Lagers – am Ende zwar doch recht eindeutig als Kandidatin der Demokraten bestätigt bzw. formal nominiert worden ist, hierfür jedoch gewissermaßen einen ‚Preis‘ in Form eines Parteiprogramms mit deutlich ‚linkerem‘ Einschlag zahlen musste. Die Nominierungsprozeduren haben insgesamt jedenfalls erneut bestätigt, dass sich Auswirkungen der schärferen Polarisierung und gewachsenen Unzufriedenheit mit dem politischen ‚Establishment‘ auch im Lager der Demokraten erkennen lassen. Noch eindeutiger sind diese Tendenzen allerdings im Lager der Republikaner.

2.2. Die Vorwahlen der Republikaner

Dass am Ende Donald Trump als Sieger bei den Vorwahlen der Republikaner hervorgehen würde, war nicht unbedingt vorherzusehen, da zu Beginn eine kaum überschaubare Anzahl von Kandidaten antrat. Überraschend ist sein Erfolg aus mehreren Gründen: Trump verfügt kaum über politische Erfahrung, hatte kein politisches Amt inne, und war lange Zeit nicht einmal Mitglied der Republikaner. Zudem musste er sich in einem 20-köpfigen Bewerberfeld gegen beachtliche Konkurrenz durchsetzen, unter ihnen landesweit bekannte Politiker: Ted Cruz (Senator aus Texas und ‚Favorit‘ des TEA-Party-Flügels) und Marco Rubio (Senator aus Florida) – beides Politiker mit hispanischem Hintergrund, was von vielen Beobachtern mit Blick auf die zunehmend wichtige Gruppe der Latinos als Vorteil gewertet wurde. Hinzu kamen einige bekannte Gouverneure wie John Kasich (Ohio) und Chris Christie (New Jersey) sowie die ehemaligen Gouverneure Mike Huckabee (Arkansas) und Jeb Bush (Florida). Gerade Letzterem wurden anfangs gute Aussichten attestiert, nicht zuletzt aufgrund seiner eher moderaten Position im konservativen Lager und seiner hervorragenden Vernetzung im parteipolitischen ‚Establishment‘, die ihn zum Spitzenreiter im üblicherweise für den Wahlerfolg in den USA besonders wichtigen ‚campaign fundraising‘ machte.

Während die meisten Experten im Vorfeld mit dem Erfolg von Trump nicht rechneten, erscheint dieser im Nachhinein doch erklärbar. Die Republikanische Partei ist in der Position der ‚Herausfordererin‘, da das Weiße Haus die letzten acht Jahre von einem Demokraten besetzt war. Gerade Obamas Präsidentschaft war von hoher Polarisierung und einem intensivem Antagonismus zwischen den Parteien geprägt. Dies wurde überdeutlich in den Kontroversen um seine Reformpolitik oder den Bundeshaushalt, die das Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachte. Weitere Themen wie Einwanderung, das Waffenrecht oder die Aufhebung des Verbots der gleichgeschlechtlichen Ehe in der Innenpolitik sowie Ärger über die Entspannung in Beziehungen zu Kuba und Iran in der Außenpolitik haben zur Polarisierung zusätzlich beigetragen. Nach dem historischen ‚Erdrutschwahlsieg‘ der Demokraten 2008 (neben der Präsidentenwahl auch der Gewinn großer Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses) dauerte es nur bis zur ersten Zwischenwahl des Kongresses 2010, bis die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus und 2014 sogar im Senat zurückgewannen und somit eine Konstellation des *divided government* herbeiführten.¹⁸ Oberstes Ziel der Republikaner schien es, die Politik Obamas zu blockieren. Allerdings ging dieser Blockadepolitik der Republikaner ein gravierender innerparteilicher Wandel voraus, denn die Kandidaten der so genannten TEA-Party-Bewegung sorgten nicht nur für mehrere Wahlsiege über die Demokraten, sondern konnten auch mehrere langjährige, teils gemäßigte Republikaner (etwa im Rahmen von Vorwahlen) erfolgreich verdrängen. Diese vereinzelt Beispiele verdeutlichen bereits, dass im Wahljahr 2016 ein politisches Klima vorherrscht, welches u.a. von Ressentiments gegen das Establishment gekennzeichnet ist. Wie die Kandidatenauswahl bei den Republikanern belegt, begünstigt dies vor allem „Außenseiter-Kandidaten“. Nicht unterschlagen sollte man in diesem Zusammenhang, dass auch Ted Cruz, der bis zuletzt stärkste Konkurrent von Trump, keineswegs als gemäßigt gilt – vor allem nicht in Politikfeldern, in denen Trump überraschend liberale Positionen vertritt, etwa in Fragen der Abtreibung oder bezüglich der Rechte Homosexueller. Entsprechend hatten sich die Republikaner schwer getan, sich für den einen oder anderen Kandidaten auszusprechen. Mittlerweile haben sie jedoch ihr ‚Unbehagen‘ an einer Kandidatur Trumps größtenteils offensichtlich überwunden. Auch der Parteikonvent der Republikaner Anfang Juli diesen Jahres verlief weitaus weniger problematisch als erwartet, mit Ausnahme vor allem der Rede von Senator Cruz, bei der er für einen kleinen Eklat sorgte. Auch wenn Cruz und eine Handvoll weiterer republikanischer Politiker keine Unterstützung in Trumps Präsidentschaftskampagne leisten werden, genießt dieser scheinbar noch immer die Unterstützung der Partei. Allerdings hatten sich zuletzt die Fronten zwischen ihm und Spitzenvertretern der Partei anlässlich seiner Attacken gegen die muslimischen Eltern eines gefallenen US-Veteranen noch einmal deutlich verhärtet.¹⁹

2.3. Ein Zwischenfazit nach den Vorwahlen

Obwohl Präsident und Kongress getrennt gewählt werden, dienen die präsidentiellen Vorwahlen, neben der Kandidatenauslese, der öffentlichen Debatte über die Ausrichtung der beiden miteinander konkurrierenden Parteien. Insofern haben die Vorwahlen eine entscheidende Filterfunktion, um innerparteiliche Spannungen gewissermaßen ‚auszuleben‘ und schließlich zu überwinden. Es entspricht einem durchaus üblichen Muster, dass während der Vorwahlen in beiden Parteien eher der jeweilige ideologische ‚Kern‘ zu vermarkten versucht wird, im Zuge der regulären Wahl die Kandida-

ten der Demokraten und Republikaner jedoch wieder in Richtung Mitte tendieren, um möglichst viele Wählergruppen anzusprechen. Von einer weiter zunehmenden Mäßigung der Themen bzw. Standpunkte im Wahlkampf eines Kandidaten Trump wie auch Clinton als Kandidatin der Demokraten ist somit durchaus auszugehen. Nicht zuletzt angesichts der bereits erlebten Überraschungen und unerwarteten Wendungen, die es in den Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl 2016 gab, lässt sich keineswegs vorhersagen, wie die Wahl in November ausgehen und welche Partei als nächste das ‚Weiße Haus‘ besetzen wird.

3. Ausblick

In der im internationalen Vergleich recht eigenartigen Entscheidung der US-Verfassungsväter, den US-Präsidenten durch ein Electoral College wählen zu lassen, kommt ihre tiefsitzende Skepsis gegenüber der reinen Volkswahl zum Ausdruck. Sie fürchteten, dass eine reine Volkswahl Demagogen ins höchste Amt der USA bringen könnte. Aus heutiger Sicht sind die Präsidentschaftswahlen indessen unzweifelhaft „Volkswahlen“ wie auch die Präsidentschaft selbst längst als „plebiscitary presidency“²⁰ eingestuft wird. Dieser plebiszitäre Charakter der Wahl des Präsidenten zeigt sich zudem noch grundlegender im Vorgang der Vorwahlen. Im Wesentlichen überlassen diese den Wählern die Entscheidung über die Kandidatenauswahl der Parteien. Zugleich ist die dezentralisierte und über die Einzelstaaten organisierte Präsidentschaftswahl Ausdruck der Verfassungsentscheidung der Gründerväter, die USA als Bundesstaat zu konstituieren. Dieses Verfassungsprinzip zeigt sich wiederum eindeutig in der dezentralen Organisation der Vorwahlen wie auch der Präsidentschaftswahl selbst, zumal das Wahlrecht und die Durchführung von Wahlen (einschließlich für Ämter auf Bundesebene) weitgehend ‚Ländersache‘ bleibt. In diesem Sinne ist der Präsident tatsächlich Staatsoberhaupt und Regierungschef des amerikanischen Volkes im Singular. Zugleich ist er jedoch auch der Präsident der Völker in den Bundesstaaten, selbst wenn er nicht in allen dieser Staaten eine Mehrheit für sich gewinnen konnte. Da er sich jedoch um Mehrheiten in mehreren Bundesstaaten (nicht zuletzt die *swing states*) bemühen musste, um sein Präsidentenamt zu gewinnen, besitzt die demokratische Präsidentschaftswahl bis heute noch eine besonders föderale Note, die in keinem anderen demokratischen Bundesstaat der Welt bei der Wahl des Regierungschefs zu finden ist. Auch das macht die US-Präsidentschaftswahl so einzigartig.

Anmerkungen

- 1 Vgl. James D. Barber (Hrsg.), *Race for the Presidency. The Media and the Nominating Process*, Englewood Cliffs, N.J. 1979.
- 2 Vgl. Stephen Ansolabehere u.a., ‚More Democracy: The Direct Primary and Competition in U.S. Elections‘, in: *Studies in American Political Development* 24(2): 2010, S. 190-205.
- 3 J. W. Davis, *Presidential Primaries. Road to the White House*, New York 1967.
- 4 Winand Gellner / Martin Kleiber, *Das Regierungssystem der USA. Eine Einführung*, Baden-Baden 2012, S. 183.
- 5 Winand Gellner / Martin Kleiber, *Das Regierungssystem der USA. Eine Einführung*, 2. Auflage, Baden-Baden 2012, S. 179.
- 6 Vgl. Hartmut Wasser, *Die Vereinigten Staaten von Amerika. Portrait einer Weltmacht*, Stuttgart 1980, S. 275.

- 7 So die Grünen im Jahre 2000, die den ihnen ansonsten durchaus nahe stehenden Al Gore verhinderten. Vgl. Michael Eilfort/Hartmut Wasser, Politische Parteien und Wahlen, in: Peter Lösche (Hrsg.), Länderbericht USA, Bonn 2008, S. 237-273, S. 242.
- 8 Charles Pattie/Ron Johnston, "The electors shall meet in their respective states": Bias and the US Presidential Electoral College, 1960-2012', in: Political Geography 40(2014): 35-45.
- 9 Vgl. hierzu Federalist Paper No. 68 (Alexander Hamilton).
- 10 Siehe Bruce Ackerman, The Failure of the Founding Fathers. Jefferson, Marshall and the Rise of Presidential Democracy, Cambridge, 2005.
- 11 Vgl. Robert Ross, 'Federalism and the Electoral College: The Development of the General Ticket Method for Selecting Presidential Electors', in: Publius (im Erscheinen; Advance Online Publication), 2015, 1-23.
- 12 Hartmut Wasser, Die Vereinigten Staaten von Amerika. Portrait einer Weltmacht, Stuttgart 1980, S. 101.
- 13 David Abbot und James Levine, Wrong Winner. The Coming Debacle in the Electoral College, New York, 1991.
- 14 Siehe bspw. George C. Edwards, Why the Electoral College is bad for America, New Haven, 2004.
- 15 So die New York Times vom 14. März 2006 („Drop out of the College“).
- 16 Vgl. Zum Folgenden Söhnke Schreyer/Jürgen Wilzewski, Congress Report, No. 9-10, 11-12.
- 17 Vgl. J. Mitchell Pickerill/Cynthia J. Bowling, 'Polarized Parties, Politics and Policies: Fragmented Federalism in 2013-14', in: Publius 44(3): 2014, 369-398 sowie Shanna Rose/Cynthia J. Bowling: 'The State of American Federalism 2014-15: Pathways to Policy in an Era of Party Polarization', in: Publius 45(3): 2015, 351-379.
- 18 Vgl. zu den für Obama schwierigen Bedingungen des Regierens unter „divided government“ bereits Marcus Höreth/Jared Sonnicksen, Obamas zweite Chance. Zu den institutionellen Bedingungen einer erfolgreichen US-Präsidentschaft, in: GWP 2013, S. 231-242, S. 233ff.
- 19 „Nach Kritik von Top-Republikanern: Trumps Versuch einer Retourkutsche“, in SPON vom 03.08.2016 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-revanchiert-sich-nach-kritik-von-john-mccain-und-paul-ryan-a-1105882.html>), letzter Zugriff am 03.08.2016).
- 20 Theodore Lowi, The Personal President: Power Invested, Promise Unfulfilled, Ithaca, NY: Cornell University Press 1985.